

8 Ergebnis: Warum sie weiter protestieren

Totgesagte leben länger – aber warum eigentlich? Ausgangspunkt der vorliegenden Studie war das überraschende Fortbestehen von Protestgruppen, die sich ursprünglich als Opposition zu den Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie gegründet hatten. Ein erster Blick auf die analogen und digitalen Aktivitäten der Gruppen bestätigt den Eindruck, dass neben Protesten in Hochburgen wie Sachsen (vgl. Fröhlich/Ranft/Vollmann 2023) oder Baden-Württemberg (vgl. Stier 2023) auch in Niedersachsen zum Untersuchungszeitpunkt im Herbst 2023 weiterhin ein in der Breite zwar geschrumpftes, in den verbliebenen Kernen jedoch hochaktives Feld von Post-Corona-Gruppen existiert. Vor diesem Hintergrund hat die vorliegende Studie genauer analysiert, wie und warum sich die verbliebenen Corona-Proteste selbst noch nach dem Ende der Pandemie weiterentwickelt haben.

Neben der Frage nach den spezifischen Motivationen des fortgesetzten Engagements wurde dabei ergründet, wie diese Post-Corona-Proteste auf das Ende der Pandemie und die zunehmend ungünstigere Gelegenheitsstruktur reagiert haben. Die hierzu durchgeführten qualitativen Untersuchungen von Online- und Offline-Aktivitäten der Gruppen erfassen verschiedene Varianzen von Reaktions- und Umgangsstrategien, wobei drei Analyseperspektiven der Bewegungsforschung angewandt und miteinander kombiniert wurden: die Frage danach, wie die Gruppen ihre Ressourcen mobilisieren; die Frage nach den entwickelten und angewandten Aktionsformen; sowie die Frage nach relevanten Deutungsmustern.

Die Analyseergebnisse sollen nun im abschließenden Teil diskutiert werden. Dabei soll zum einen unsere Forschungsfrage nach dem Wie und Warum des fortgesetzten Protests der Post-Corona-Gruppen empirisch beantwortet werden. Hierbei zeigen sich sowohl bekannte Ähnlichkeiten mit bereits erforschten Anti-Corona-Protesten (vgl. Helmer i.E.) als auch einige regionalspezifische beziehungsweise noch nicht beschriebene Eigenheiten, die auf eine Anpassung an die postpandemische Konstellation hinweisen. Hierauf folgt zum anderen in Kapitel 9 der Schritt zur theoretischen Diskussion und Einordnung der Ergebnisse, die im Begriff des postpandemischen Populismus verdichtet werden. Der Ertrag, aber auch die Limitationen der empirischen und theoretischen Erkenntnisse werden in einem Ausblick skizziert; darüber hinaus diskutieren wir, was hiervon für aktuelle Projekte einer politischen Aufarbeitung der Pandemie von Interesse sein kann.

Was war: Politisierung und Prägung in der Pandemie

Die von uns von Ende 2023 bis Anfang 2024 beforschte Szenerie niedersächsischer Post-Corona-Proteste lässt sich, trotz ihrer unübersehbaren Schrumpfungprozesse, als in ihren Kernen noch immer aktive und mobilisierte Bewegung beschreiben. Deren Akteure wurden überwiegend – wenn auch nicht ausschließlich – erstmals während der Pandemie zu einer protestpolitischen Partizipation aktiviert (vgl. Fröhlich/Ranft/Vollmann 2023), woraus eine enorme politisch-ideologische Prägekraft erwachsen ist. Sowohl individuell als auch kollektiv wird die Pandemie in rückblickenden Erzählungen der aktiven Teilnehmer:innen als elementare Disruptionserfahrung dargestellt, die vom Zusammenbruch gesellschaftlicher und politischer Normalität, persönlicher Sicherheit und demokratischen Vertrauens, ebenso aber vom Aufbau bewegungspolitischer Autonomie und Handlungsmacht gekennzeichnet ist.

Während der Pandemie machten viele der heutigen Aktivist:innen – aus biografischer Sicht wohl vielfach erstmals – eine für sie erschütternde Erfahrung: Sie sahen sich mit einer Politik konfrontiert, die sie in ihrem Alltagsleben stark einschränkte und vom Staat teils repressiv

durchgesetzt wurde. In ihrer Wahrnehmung handelte es sich bei der von der Regierung und den etablierten Parlamentsparteien beschlossenen beziehungsweise unterstützten Maßnahmen um eine autoritäre Politik. Vor allem Konflikte zwischen Demonstrierenden, Polizei und Behörden werden bis heute als einschneidende und persönlich verlust- wie folgenreiche Erlebnisse geschildert. Versuche, die Demonstrationsverbote zu umgehen oder die Inkaufnahme von behördlichen Sanktionen werden rückblickend als heroische Akte gemeinsamen Widerstands erzählt, die wichtige Bausteine der kollektiven Identität der Gruppen darstellen. Aufgrund der als einseitig, lückenhaft und unkritisch wahrgenommenen Medienberichterstattung zur Pandemiapolitik wurde zugleich das Vertrauen in die etablierten Medien erschüttert und Erwartungen an einen demokratischen öffentlichen Diskurs grundlegend enttäuscht. Auf persönlicher Ebene erzeugten überdies politische Konflikte und Brüche im Familien-, Freundes- sowie Kolleg:innen-Kreis eine als drastisch wahrgenommene soziale Verlust- und Ausgrenzungserfahrung, die vielfach als persönliche oder berufliche Brüche der eigenen Biografie dargestellt werden.

Derartige Erfahrungen wurden kollektiv einerseits zu einer negativen Erkenntnis und kritischen Diagnose eines fundamentalen und illegitimen Bruchs des Staats mit demokratischen und freiheitlichen Prinzipien verdichtet, gegen den es weiterhin aufzubegehren gilt; andererseits erlebten zahlreiche Aktivist:innen die Coronakrise auch als Aufbruch: Die in der Pandemie entwickelte kritische Perspektive auf gesellschaftliche und politische Verhältnisse wird retrospektiv oftmals als eine Art Erweckungs- oder Erleuchtungsmoment beschrieben (vgl. im Kontext der Pandemie Hentschel 2021), was auch als Prozess des ideologischen Lernens (vgl. Hundeide 2003) gefasst werden kann, wie er insbesondere für radikale politische Biografien kennzeichnend ist (vgl. Lee/Knott 2021: 16).

Diskurse in analogen und in digitalen Gegenöffentlichkeiten der aufstrebenden Anti-Corona-Protestbewegung öffneten und festigten alternative Weltansichten, die im teils schroffen Kontrast zu mehrheitsgesellschaftlichen und insbesondere wissenschaftlichen Wissensbeständen und Wahrnehmungsmustern stehen (vgl. Pantenburg/Reichardt/

Sepp 2021). Die gegen staatliche Repression angestrebten Protestaktivitäten und damit einhergehenden Vergemeinschaftungsprozesse werden als Rückeroberung von Handlungsfähigkeit und elementares Erlebnis politischer Selbstwirksamkeit beschrieben. Erst aus dieser wahrgenommenen Dynamik aus äußerer Oppression und eigenständiger Befreiung erklärt sich die auch für niedersächsische Akteure typische Selbststilisierung und -heroisierung als tapfere und unbeugsame Oppositions- oder gar Widerstandsgruppe (vgl. Miller-Idris 2020: 11–12).

Ideologisch erwuchs aus den geschilderten Erfahrungen auch in Niedersachsen ein für Anti- und spätere Post-Corona-Proteste typisches Grundwahrnehmungsmuster von Politik (vgl. Goertz 2022). In dessen Zentrum steht eine Melange aus manichäischer Weltsicht und Verschwörungserzählungen, die insbesondere in der Online-Kommunikation der meisten Gruppen sehr präsent ist. Hierzu gehört vor allem eine grundlegende und populistische Kritik an politischen und medialen Eliten (vgl. Kapitel 9). Ihnen wird vorgeworfen, während der Pandemie gegen die Interessen beziehungsweise zum Nachteil des Volks gehandelt und die ihnen zugedachten demokratischen Funktionen bewusst und willentlich missachtet zu haben, was wiederum mit Verschwörungserzählungen über geheime Pläne und Netzwerke plausibilisiert wird.

Demgegenüber bleibt die für Populismus konstitutive Konzeption des von der Politik hintergangenen Volks in der Rhetorik der Gruppen relativ vage. Eine für den Rechtspopulismus charakteristische nativistische Abgrenzung zwischen Volk und Fremden, nationalistische Bezüge oder fremdenfeindliche Chiffren tauchen zwar in der Rhetorik und Symbolik mehrerer der beobachteten Gruppen auf. Für deren Ideologie und Identitätskerne scheinen sie jedoch weder argumentativ noch narrativ zentral zu sein. Sie fügen sich, wenn vorhanden, nahtlos in die ideologische Gesamtstruktur ein. Gruppenübergreifend ist jedoch die Vorstellung eines um seine Rechte betrogenen Volks von Bürger:innen grundlegend. Einige Gruppen stellen dabei stärker auf vermeintlich verlorene politische Freiheitsrechte ab, andere betonen den Verlust sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit.

Die Forderung, diese (Bürger:innen-)Rechte wiederherzustellen, wie auch die Kritik an den während der Pandemie vollzogenen Normbrüchen begreifen die Gruppen indes nicht als Ausdruck einer bestimmten politischen Position oder eines Aushandlungsprozesses. Vielmehr stilisieren sie ihre Perspektive und Position zum grundlegenden Kampf um die Wiederherstellung von Demokratie und Rechten an sich. Eine derartige Verteidigung der Demokratie dient dabei als Masterframe der Bewegung, also als übergreifendes Deutungsmuster, das ideologische, politische und strategische Differenzen zwischen einzelnen Gruppen überspannt und zugleich eine Brücke zu anderen Akteuren bauen kann. Zugleich stellt das Selbstverständnis als moralisch integre Verteidigerin der Demokratie einen entscheidenden Schlüssel zum Verständnis der Kontinuität und Vehemenz der beobachtbaren Aktivitäten dar, für die zu kämpfen sich die Aktivist:innen verpflichtet fühlen.

Was ist: Die Post-Corona-Konstellation

Ausgehend von der in der Coronakrise geprägten Mischung aus individueller Erfahrung und politischer Diagnostik sind die niedersächsischen Aktivist:innen spätestens seit Aufhebung der letzten Coronamaßnahmen im Frühjahr 2023 mit einer äußerst ungünstigen Gelegenheitsstruktur konfrontiert, in der sie sowohl von ihrer gesellschaftlichen und politischen Stigmatisierung als auch von der öffentlichen Abwendung vom Themenkomplex herausgefordert werden. Hierauf reagieren die untersuchten Gruppen in Niedersachsen auf unterschiedliche Weise. Rein äußerlich zeigt sich dies in verschiedenen Aktionsformen: Während sich einige Gruppen in eine Art politischen Stammtisch ohne explizit-expressiven Charakter gewandelt haben, praktizieren andere regelmäßig aufwendige Aktionsformen, um die Öffentlichkeit wieder und besser zu erreichen. Inhaltlich zeichnen sich verschiedene Strategien ab, die entweder die Pandemiekritik zu vergegenwärtigen beziehungsweise zu aktualisieren versuchen oder eine breitere eliten- und politikkritische Agenda entfalten.

In der Agitation der Gruppen zeigt sich dabei ein Nebeneinander von Tradition und Erneuerung: Einerseits werden die während der Pandemie geprägten Orientierungen und hieraus entwickelten Handlungsweisen aufrechterhalten, andererseits sind strategische Anpassungen an die postpandemische Konstellation zu beobachten. So zeigen sich in den Interaktionen im Innern der Bewegung und in ihrer Agitation nach außen verschiedene Ansätze zur Stabilisierung der kollektiven Identität, Ressourcen und Aktionsfähigkeit – wobei organisatorische, soziale und politische Dynamiken, wie gezeigt, ineinandergreifen. Die während Corona geprägten Problem- und Gegnerbeschreibungen werden – ganz besonders online – weiterhin gepflegt und zugleich aktualisiert. Die aus der Kritik der Coronamaßnahmen entwickelte populistische System- und Elitenkritik begründet die Notwendigkeit eines fortgesetzten Handelns und bietet zugleich die Grundlage für politische Aktualisierungen, etwa indem Verknüpfungen zu neuen Themen und Protestdynamiken aufgegriffen und Kontakte zu neuen Akteuren gesucht werden.

Diesem auf Misstrauen basierenden Schließungs- und Abgrenzungsprozess nach außen steht indes eine ausgeprägte positive und integrative Binnenkultur der Gruppen gegenüber, die sich durch ein dezidiert komunitäres Für- und Miteinander auszeichnet. So ist die Kommunikation innerhalb der Gruppen von einem hohen Maß an gegenseitiger Achtsam- und Aufmerksamkeit geprägt, die sich in körperlicher Nähe, sprachlicher Würdigung und Gefühlsäußerungen zeigt. Diese auf Offenheit und Zusammenhalt gerichtete Binnenkultur erfüllt verschiedene Zwecke: Erstens wird das öffentlich verbreitete Bild einer radikalen, intoleranten und teils aggressiven Dagegen-Bewegung irritiert und konterkariert, was ein Angebot und einen Anlass zur Wiederaufnahme der Kommunikation mit anderen Bürger:innen schaffen kann. Zweitens bringen die Teilnehmer:innen die ihnen gesellschaftlich versagte soziale Aufmerksamkeit und Anerkennung selbst hervor. Viele der Aktivist:innen scheinen dabei in den politischen Gruppen und Interaktionen eine neue persönliche und politische Heimat gefunden zu haben. Dieses Refugium stellt gewissermaßen den Ertrag des aufwendigen Engagements dar, dessen Erhalt insofern eine wichtige

Motivationsreserve zur Fortsetzung ebendieses Engagements darstellt. Drittens werden durch die kommunitäre Binnenkultur schließlich die für die Aktions- und Handlungsfähigkeit der verbliebenen Kerngruppen notwendige Kohäsion und Vernetzung verstärkt.

Hinzu – und teils im Gegensatz dazu – kommt eine stoische bis indifferente Form der Toleranz. Ideologische, politische und taktische Differenzen zwischen Akteuren und Gruppen werden, anders als in vielen Bewegungen üblich, nicht zur identitären Abgrenzung und Konkurrenz genutzt. Stattdessen wird eine Strategie der gegenseitigen Anerkennung und Unterstützung praktiziert, die performativ wirken kann, etwa durch umfangreiche Danksagungen. Auch nach außen wird dieser Habitus aufrechterhalten; so zeigen Demonstrierende beispielsweise zu Herzen geformte Hände, wenn sie auf Gegenproteste treffen. Das Selbstverständnis, grundlegend demselben politischen Lager zur Verteidigung der Demokratie anzugehören, scheint mögliche ideologische Unterschiede auszustechen. Das betrifft beispielsweise gemeinsame Proteste mit Rechtsaußenakteuren, wie etwa den Freien Sachsen, mit denen einige Gruppen gemeinsam demonstrierten (vgl. Christof 2023). Die Gruppen hegen eine unbedingte Anerkennung und Wertschätzung aller, die willens sind, Demonstrationen gemeinsam zu besuchen. Diese unkritische Offenheit lässt vermuten, dass die Nähe zu Rechtsaußengruppierungen größer sein kann, als es die im Untersuchungszeitraum analysierte Außenkommunikation der Bewegungsorganisationen erkennen lässt. Derartige Verbindungen wurden für andere regionale Anti-Corona-Proteste aufgezeigt (vgl. z.B. Virchow/Häusler/Döring 2020; Helmer/Buro/Jaensch i.E.).

Gestützt wird der unbedingte Zusammenhalt der Gruppen durch kollektive Interaktionen ihrer Mitglieder während der kontinuierlichen Proteste. Die dramaturgisch ebenso aufwendigen wie vielfältigen Aktionsformen erscheinen dabei als kollektiv vollzogene Rituale, die auch und wesentlich der Pflege von Gemeinschaft und der Vergewisserung sozialer Resonanz dienen. Als solche scheinen sie für viele Teilnehmer:innen sowohl anziehend als auch stark integrierend zu wirken. Die oft strikte Dramaturgie und der performative Charakter insbesondere der Aktionsform gemeinsamer Mahnwachen folgen einer Art

politischer Liturgie, in deren Rahmen die Herausforderungen eigener Aktionen immer wieder gemeinsam begangen und durchgestanden werden. Obwohl sie kaum erkennbare Außenreaktionen hervorrufen, erzeugt die regelmäßige Bewältigung selbstgesteckter Aufgaben offenbar motivierende Selbstwirksamkeitserfahrungen. Dies gilt sowohl für die Gruppen der spazierenden Stammtische als auch für die anderen beobachteten Gruppen- und Aktionsformate.

Diesen Prozessen der Außenabgrenzung und Binnenintegration steht das unübersehbare Bemühen gegenüber, mittels unterschiedlicher Strategien zumindest individuelle Resonanzen oder sogar breitere Aufmerksamkeit zu erlangen. Inhaltlich versuchen sämtliche Gruppen, eine Post-Corona-Agenda zu entwerfen, die gesellschaftliche und politische Anknüpfungspunkte bereitstellt. Dabei lässt sich zwischen eng- und weit gefassten Ansätzen verschiedener Gruppen unterscheiden: Thematisch eng gefasste Ansätze haben einen Fokus entwickelt, der insbesondere der Aufarbeitung der Coronamaßnahmen oder hiermit verknüpfter Folgeprobleme Aufmerksamkeit, Anerkennung und Geltung verschaffen soll, etwa dem Verstoß gegen Bürger- und Freiheitsrechte oder dem Mangel an gesellschaftlichem Zusammenhalt. Ansätze anderer Gruppen sind indes thematisch weiter gefasst. Sie verkoppeln, ausgehend von der populistisch-verschwörerischen Systemkritik, verschiedene Konflikt- und Skandalthemen zu einer populistischen Catch-All-Strategie. Unterschiedlichste Themen – darunter Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit, geschlechtergerechte Sprache oder die als unkritisch bis unwahr eingeordnete Berichterstattung der Medien – werden als Ausdruck des krankenden Systems verstanden.

Jenseits der Agenda-Gestaltung zeigen sich auch im Bereich der Aktivitäten Anpassungen an die negativen Gelegenheitsstrukturen. Sämtliche protestaktiven Gruppen versuchen, die Form der klassischen Demonstration durch Ansätze zum Dialog zu ergänzen oder gar zu überwinden. Dabei streben sie allerdings weniger eine breite öffentlich-mediale Aufmerksamkeit oder unmittelbare politische Reaktion an als vielmehr unmittelbare soziale Resonanz und direkte Beziehung zu Bürger:innen.

So haben alle Gruppen Dialogformen entwickelt, die sie meist als »Mahnwachen« bezeichnen. Manche verfolgen dabei kooperative Dialogansätze, die eine Verständigung über grundlegende politische Prinzipien erreichen sollen; andere Gruppen stürzen sich dagegen in einen konfrontativen Dialog, indem sie Passant:innen in öffentliche Streitgespräche verwickeln, die weniger auf eine Einigung abzielen, als eher Affekte provozieren sollen. Die Ausrichtung auf jede Art von Dialog ist im jeweiligen Selbstverständnis der Gruppe begründet. Um die als gravierend wahrgenommenen gesellschaftlichen und politischen Brüche überwinden zu können, stehen die Gruppen unter Zugzwang. Sie müssen in einen Austausch mit der Gesellschaft treten, die sie in Teilen kritisieren oder sogar ablehnen. Das Selbstverständnis als Gruppen, welche die Demokratie verteidigen, ist darin reflektiert.

Was nun? Im Dilemma zwischen Fortbestand und Veränderung

Mit dem Ende der Pandemie ist der Anti-Corona-Bewegung ihr Kernkonflikt abhandengekommen, was sich auch in Niedersachsen in einem deutlichen Rückgang der Mobilisierung niedergeschlagen hat. Infolge der sinkenden Virulenz und Salienz des Gründungsthemas ist die gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit geschwunden, während zugleich die negative Bewertung und Ablehnung der Anliegen sowie der Akteure der Bewegung erhalten geblieben sind. Durch diese schwierigen Rahmenbedingungen ist, wie unsere Studie zeigt, die Post-Corona-Bewegung in Niedersachsen sozusagen erneut in Bewegung geraten. Die beobachteten Gruppen haben Antworten auf die geschlossenen Gelegenheitsstrukturen entwickelt und erprobt, was den Charakter der Bewegung zum Teil transformiert hat. Dennoch erscheinen diese Reaktionsstrategien insgesamt kaum geeignet, die externen und internen Herausforderungen effektiv zu bewältigen. Vielmehr zeichnen sich organisatorische, strategische und politische Herausforderungen und Widersprüche ab, die nur schwer aufzulösen sind.

Dies gilt *erstens* für die Organisation der Post-Corona-Gruppen: In Reaktion auf den abrupten Abfall der allgemeinen Mobilisierung

haben sie einen Modus der Stabilisierung gefunden. Die dramaturgisch starren und ritualisierten Aktionsformen, die von zentralen Führungspersonen organisiert werden, eröffnen den bereits beziehungsweise noch aktiven Personen eine niedrigschwellige Form des Engagements. Die Entwicklung von Protestritualen trägt dazu bei, geteilte Erinnerungen, Emotionen und Identitäten zu festigen. Proteste selbst sind für die Teilnehmenden sinnstiftend, die Gemeinschaft versichert sich ihrer selbst (vgl. Rucht 2003: 11; Volk 2022: 3–4). Durch die hohe Aktivität und Mobilität der Kernaktivist:innen und den intensiven Austausch mit anderen Gruppen werden weiterhin ausreichend Personen und Ressourcen mobilisiert.

Zugleich stellt sich jedoch die Frage, wie lange dieser intensive Grad an Engagement und Vernetzung einer überschaubaren Kerngruppe von Aktivist:innen aufrechterhalten werden kann. Vorhandene Reserven sind bereits mobilisiert, Hinweise auf eine Aktivierung früherer oder neuer Teilnehmer:innen ließen sich ebenso wenig beobachten wie eine neue dauerhafte Vernetzung mit anderen Protestbewegungen. Insofern scheint es lediglich eine Frage der Zeit, bis vorhandene Motivationen und Energien angesichts der aufwendigen Protestkultur erschöpft sind, was wiederum rasche Demobilisierungs- und Zerfallsprozesse einleiten dürfte. Ein kritischer Faktor kann dabei die in allen Gruppen zentrale Rolle einzelner Organisator:innen sein, deren Funktionen als Motoren der Bewegung derart elementar sind, dass ihr Aus- oder Wegfall voraussichtlich schwer zu kompensieren wäre.

Zweitens sind strategische Herausforderungen festzustellen. So haben die Gruppen zwar durchaus ambitionierte Ansätze zur Herstellung öffentlicher Aufmerksamkeit und zur Überwindung ihrer Stigmatisierung entwickelt. Sowohl die Inhalte und Schwerpunkte ihrer Kampagnen als auch ihre dialogischen Kommunikationsangebote spiegeln ein intensives Bemühen, politisch breiter wahrgenommen und anschlussfähig werden zu wollen. Beides wird jedoch von ihrer ideologischen Prägung und organisatorischen Kultur konterkariert: So bemühen sich zwar alle Gruppen beständig und intensiv um breitere öffentliche Aufmerksamkeit und einen politischen Dialog mit der lokalen Öffentlichkeit. Aufgrund ihres manichäischen Weltbilds verengen sich

die tatsächlich verfolgten Ansätze zum Dialog in der Praxis jedoch auf (Streit-)Gespräche mit zufällig adressierten Passant:innen, was weder organisatorische noch strategische Gewinne erzielt. Ein Dialog mit etablierten intermediären Akteuren aus Politik, Medien oder Zivilgesellschaft, der eine breitere Öffentlichkeit adressieren oder diskursive Brücken, vielleicht sogar Bündnisse eröffnen würde, kommt aufgrund des tief verwurzelten Anti-Elitismus und des ausgeprägten Misstrauens gegenüber Repräsentant:innen des politischen und des medialen Systems indes kaum zustande.

Vor diesem Hintergrund gelingt es den untersuchten Gruppen jedenfalls kaum, Ansätze zur Überwindung ihrer negativen Beurteilung durch die breitere Öffentlichkeit zu entwickeln. Zwar versuchen die meisten Gruppen, zumindest im analogen Raum thematisch und inhaltlich anschlussfähig zu werden, indem sie alte Kern- oder neue Protestthemen vergleichsweise pragmatisch und moderat darstellen. Zugleich sind die Gruppen jedoch weiterhin solidarisch, offen oder direkt mit radikaleren Akteuren des Rechtsaußen- oder verschwörungsideologischen Spektrums verbunden, was die kritische Einschätzung der Post-Corona-Bewegung durch Behörden, Politik und Öffentlichkeit beständig erneuert. Eine (wenn auch nur äußerlich-strategische) Distanzierung etwa von Reichsbürger:innen, Verschwörungsideolog:innen oder Rechtsradikalen widerspräche sowohl der historisch gewachsenen Prägung und Ideologie als auch der organisatorischen Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Mobilisierung und Kohäsion der noch aktiven Kerngruppen.

Insgesamt zeichnet sich in der vergleichsweise jungen Bewegung ein strategisches Dilemma zwischen Tradition und Veränderung ab. Die Post-Corona-Gruppen haben zwar Antworten zur Überwindung der geschlossenen Gelegenheitsstrukturen gefunden; diese können sie aber entweder nicht konsequent umsetzen, da sie mit zentralen Prägungen der Organisation und Kultur der Bewegung brechen würden, oder sie erweisen sich in Bezug auf die Beantwortung der defensiven strategischen Lage der Bewegung als unzureichend effektiv. So beschränken sich die verbliebenen Gruppen im Wesentlichen darauf, von den Protestenergien anderer Bewegungen profitieren zu wollen, indem sie sich

mit diesen solidarisieren. Im Untersuchungszeitraum ergaben sich aber auch hieraus, von wenigen symbolischen Ausnahmen abgesehen, kaum Resonanzen oder Erfolge.